

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den tgl. Unterhaltungsbeilagen Leben, Willen, Kunst und die Jugendzeitung einschließlich Dringens 80 Pf. im Voraus für ein Jahr. Einzelhefte 2 Pf. 50. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. 50. — Einzelhefte tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: St. Jungferstraße 14. U. Tel. 2465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung nach Rabatt gemindert. Vereinsabgaben 20 Pf. Zulagen müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 226.

Dresden, Donnerstag den 29. September 1910.

21. Jahrg.

Der schlimmste Feind

der kämpfenden und aufstrebenden Arbeiterklasse und der willensmäßigsten Bundesgenosse der schamlosen Reaktion, deren unerschütterlicher Druck sich von Tag zu Tag steigert, ist

der indifferente Arbeiter

der abseits steht und teilnahmslos den schweren Kämpfen zusieht, die der Klasse, der er selbst als lebendiges Glied angehört, Wohl, Freiheit und Gerechtigkeit bringen sollen.

Der Lebensmittelwucher

unter dem die breiten Massen leiden, bedeutet die offene Ernüchterung zu brutalen

Aushungerungspolitik.

Die Scharfmacher sind geschäftig am Werke, die Organisationen der Arbeiter, die einzige Schutzwehr gegen die Unterdrückungspolitik des Unternehmertums, zu vernichten.

In den gesetzgebenden Körperschaften wählen die Arbeiter Feinde, um die Regierungen ihrem Hass gegen die Arbeiter gefällig und dienlich zu machen.

Die Konventionen schreiben nach Ansehensregeln; Polizeiführer und Schutzmänner verrichten blühende Arbeit.

Wer in einer solchen Zeit schwerster Kämpfe teilnahmslos steht und sich willig als Amsel und Helfershelfer der Volksfeinde mißbrauchen läßt, verflucht sich auf schwerste gegen sich selbst, gegen seine nächsten Angehörigen, gegen seine Klasse! Selbst die, denen er unbewußt dient, verachten mit Wohlgefallen seine erbärmliche Schwäche und Feigheit!

Jetzt zuren Feinden und denen, die euch mit tödlichem Haß verfolgen, daß ihr Männer seid, daß ihr Kämpfer seid! Zerschlagt auch der Sozialdemokratie an und helft, die Waffe der kämpfenden Arbeiterklasse,

die Arbeiterpresse

zu schärfen und zu häßeln!

Wer nicht zu den Lesern der

Dresdner Volkszeitung

gehört, kämpft ohnmächtig und waffenlos! Wer die Presse seiner Feinde und Unterdrücker unterstützt, wird zum Verräter an der Sache, die seine eigene Sache ist, die seine unmittelbarsten Lebensinteressen berührt.

In jedes Arbeiterheim gehört die

Dresdner Volkszeitung

in die Hand jedes Arbeiters das Blatt, das unbeirrt nur der einen Aufgabe dient, kämpfend für die Interessen aller Arbeitenden und Schutzlosen einzutreten.

Werdet Leser der Arbeiterpresse, werdet Leser für die

Dresdner Volkszeitung!

Jeder neue Leser schwächt die Reihen derer, deren Haß nur ein Ziel kennt: Vernichtung, Unterdrückung, Verfolgung und Ausbeutung der Schaffenden und Arbeitenden.

Jeder neue Leser stärkt unsere Kampfserien, die entsetzten sind, allem Hass und allen Feinden zum Trotz den Willen des arbeitenden Volkes den Weg aufwärts zu erkämpfen.

Koabit.

Die Vorgänge, die sich in den letzten Nächten im Berliner Stadtteil Koabit abspielten, werden von der reaktionären Presse in einer Weise behandelt, daß man wirklich schon sehr unglücklich sein muß, um nicht auf einen gewissen Verdacht zu kommen. Unter vernünftigen Menschen mit ehrlicher Absicht kann doch nur der Wunsch bestehen, daß den sinnlosen Gewalten und Schiebereien, die da zwischen der Polizei und der arbeitenden Bevölkerung stattfinden, so rasch wie möglich ein Ende gemacht werde. Durch übertriebene Schilderungen die Verrohung steigern, die ohnehin schon bald kopflose Polizei über „energetischem Vorgehen“ aufstacheln und schließlich über „Aufruhr und Revolution“ schreiben, heißt doch höchst unvorsichtig und gewissenlos handeln. Die reaktionäre Presse tut sich in diesem Treiben aber gar nicht genug an, in der Sozialdemokratie in Verbindung und ist so auf dem besten Wege, den Vorgängen von Berlin NW eine politische Bedeutung zu geben, die ihnen an sich nicht zukommt.

Wie die sozialdemokratische Arbeiterklasse über Straßenkämpfe denkt, ist eben erst aus Anlaß des Bekanntwerdens des Wiffingischen Armeeklassen in der sozialdemokratischen Presse auseinandergesetzt worden. Die Unterstellung, daß die Berliner organisierten Arbeiter mit den Koabitern Fensterwerfern etwas zu tun haben könnten, ist nicht nur sinnlos, sondern auch in jeder Beziehung beleidigend. Dächten die Berliner Sozialdemokraten wirklich daran, sich mit der bewaffneten Macht zu messen — was ihnen natürlich nicht im Traum einfällt —, würden sie schwerlich mit Blumentöpfen und Nachtgeschirren operieren, die Unruhen würden von vornherein einen ganz andern Umfang und Charakter annehmen, und mit ein paar zerklüfteten Straßenspatzen, ein paar verbeulten Schutzmännchen würde es dann ganz gewiß nicht getan sein. Sondern es würde zu einer Katastrophe kommen mit Tausenden von Toten auf beiden Seiten und furchtbaren Verwüstungen! Man darf diesen Teufel ruhig an die Wand malen: er kommt nicht! Aber man muß sich dieses Bild in seiner ganzen Furchtbarkeit vor Augen halten, um die lächerliche und unbillige Albernheit der Behauptung zu begreifen, die Koabitern Vorgänge seien das Werk der Berliner Sozialdemokratie.

Nein, der Kampf zwischen der Sozialdemokratie und der Staatsgewalt wird nicht in der Reußelstraße, Ecke Sickingenstraße, ausgefochten werden. Aber es scheint wirklich, als ob in gewissen Lagern auf der anderen Seite eine Stimmung herrsche, die sich am besten in die Worte zusammenfassen läßt: „Gorra, es brennt!“ In seiner Freude am Rabau betritt der reaktionäre Zeitungsböbel eine verdächtige Seelenverwandtschaft mit dem „Koabitern Rob“.

Den gewissen Elementen, die gern im Kränzen sitzen, kann ja nichts Lieberes passieren, als wenn die Polizei in ihrem Lieberer statt der Rabaumacher die friedliche Bevölkerung angreift und sich die Dinge dadurch mehr und mehr verwickelt. Auf diese Weise hofft man die Stimmung erzeugen zu können, die nicht nur den sozialdemokratischen Wahlleuten ein Ende bereitet, sondern auch die Möglichkeit schafft, gegen die geringen verfassungsmäßigen Freiheiten des preussischen Volkes zu einem entscheidenden Schlag auszuholen.

Erst durch diese verdächtige Wandlung der Situation in Berlin eine gewisse politische Jähupingung erfahren. Sie wird auch weiter verschärft durch den Umstand, daß es der Polizei richtig gelungen ist, die ganze Bevölkerung des Stadtteils, in dem sie operiert, gegen sich aufzubringen. Selbst der polizeifreudige Sozialaraber muß in einem ungewohnten Augenblick eingestehen:

Krafft ist die Aufregung, die sich bei der Bevölkerung gegen die Polizei geltend macht. Man verurteilt das scharfe Vorgehen der Sicherheitsorgane und hebt hervor, daß die Bewohner der (Kocher) Straße sich an den Tumulten nicht beteiligt hätten.

Die Polizei hat aber wohl in die Fenster von Häusern, aus denen geworfen worden sein sollte, geschossen. Man kann es den betroffenen Bewohnern und sonstigen harmlosen Personen, die mit den Säbeln und Revolvern der Schutzeute Bekanntschaft machen mußten, ohne weiteres nachfühlen, daß sie von furchtbarem Erbitterung ergriffen wurden. Das beste wäre daher wohl, wenn sich die Polizei aus dem Bereich der unruhigen Stadtteile überhaupt zurückziehen und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung der Bevölkerung selbst überlassen würde, die gewiß im Handumdrehen mit den tabakulösen Elementen fertig werden würde. Solche vernünftige Ratschläge haben aber keine Aussicht, befolgt zu werden, da die Wahrung der berühmten „Staatsautorität“ doch viel wichtiger ist als die Wiederherstellung ruhiger Zustände.

Die Post, das verrückte Berliner Scharfmacherblatt, das vor nicht so langer Zeit Bebel mit dem Tode bedrohte, fordert die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin. Man sieht aus dieser Forderung ganz deutlich, wohin es diese unverantwortlichen Verleumder und Hebertreiber wollen. Vielleicht wird in nächster Zeit versucht werden, auch in anderen deutschen Städten Vorwände für ein „schneidiges Vorgehen“ zu finden, wie es zurzeit in Berlin beliebt und empfohlen wird. Gegen solche Veruche gilt es kaltes Blut zu bewahren. Die Arbeiter haben schon oft gezeigt, daß sie beim Anblick eines Schutzmännchens nicht zusammenstürzen; sie werden diesmal, wie auch schon oft, zeigen, daß sie sich nicht zu Zwecken mißbrauchen lassen, die weitab von den Zielen ihrer Politik liegen, ja diesen gerade entgegengekehrt sind. Dann werden die verdächtigen Macher, die sich am Feuerchen von Koabit erfreut die Hände wärmen, bald wieder vor erkalteten Herden stehen und klagen ausrufen: „Es gelingt nicht mehr!“

168 Revolvergeschosse

hat die Polizei nach amtlicher Statistik in der Nacht vom 27. auf den 28. September in Koabit abgegeben. Hinreichend so groß soll nach polizeilichen Berichten die Zahl der Schüsse sein, die aus der Menge abgegeben worden sind. Es wären also danach nicht weniger als tausend oder genau 978 Schüsse abgegeben worden. Es scheint aber bei diesem Feuergefecht keinen Toten gegeben zu haben, auch das schwere Schutzwärtergeschosse in größerer Zahl nicht vorgekommen. Ist ebenso zufällig wie seltsam und läßt fast die Vermutung zu, daß der Freiherr v. Münnichhausen den Berichterstattungsbericht der Polizei organisiert hat.

Die Unfallkation als Polizeifalle.

In der Unfallkation Straßenspatzen in Koabit erschienen im Laufe des Mittwochs Kriminalbeamte die trotz lebhaftesten Protestes der Menge das Krankenjournal beschlagnahmten, um daraus die Namen der verletzten Personen festzustellen, gegen die, wie es danach scheint, eine strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet werden soll. Auch diese Polizeifalle muß neue Aufregung und Erbitterung wecken, denn durch ein derartiges Vorgehen werden die Unfallkationen einfach entwertet, niemand wird in ähnlichen Fällen es wagen, sie aufzusuchen, damit er nicht noch zu den erlittenen Verletzungen eine ungewisse Verfolgung zu befürchten habe. Für eine gerechte Strafjustiz kann ja das Krankenjournal als Beweismittel gar nicht in Betracht kommen, da die Tatsache, daß jemand von der Polizei angefaßt oder angepöbeln worden ist, doch unendlich dazu anreichern kann, seine Verurteilung herbeizuführen. Der Vorsitzende des Kuratoriums der Unfallkation bewachte sich dergestalt gegen das Vorgehen der von der Staatsanwaltschaft gebildeten Polizei, er erklärte dergestalt, er würde das Krankenjournal nur herausgeben, wenn es ihm mit Gewalt genommen würde. Die Polizei nahm es einfach.

Durch solche und ähnliche Taten wird dem Volk, das auch die ruhige, dem Rabau durchaus abgeneigte Bevölkerung Berlins für die Polizei, die „Blauen“, durchaus keine Sympathie empfinden kann. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß sich das Verhältnis des Publikums zur Polizei überhaupt sehr verschlechtert hat, seit der berühmte Herr v. Jagow seines Amtes als Polizeipräsident waltete.

Neue Zusammenstöße.

Das Bureau Hirsch meldet:

Berlin, 28. September. In der Reußelstraße, an der Ecke der Sickingenstraße, hatten sich heute nachmittags wieder einige tausend Menschen angesammelt, die gegen die Polizei aggressiv vorzugehen begannen. Zahlreiche Frauen und Kinder befanden sich auch am heutigen Abend unter der Menge. Die Polizei sucht die Tumultuanten zurückzuführen, aber diese leisten in einzelnen Fällen Widerstand, wobei jedoch zur Verhaftung geschritten wird. Die Schutzeute werden von der Menge beschimpft. Das Polizeiaufgebot ist bis zum nächsten Morgen verstärkt worden. Es geht auch das Gerücht, daß wenn die Straßensperre wieder solche Dimensionen erreichen sollten wie in den vergangenen Nächten, diesmal unbedingt Militär zur Hilfe herbeigeholt wird. Auf der Straße sind fliegende Sanitätskolonnen aufgestellt. Die Straßensperre, die tagsüber in etwas geringerer Weise gehandhabt wurde, wird wieder rigoros gehandhabt. Die unglücklichen Restaurantbesitzer müssen heute schon um 5 Uhr geschlossen werden. Auf einem Automobilbus, der eine Anzahl bewaffneter Schutzeute nach der Reußelstraße beförderte, wurden die Schutzeute von der Menge insultiert und dem Schaffner zugerufen: „Werft die Blauen runter!“ Vor einem Restaurant, in dem sich eine Anzahl Schutzeute erquickte, sammelte sich eine Menge junger Burken an und rief gegen die Schutzeute drohende Worte aus.

Weitere hässliche Meldungen besagen:

Berlin, 29. September. In der Endener und Turmstraße sprengte die auf dem Rückzuge in das Innere von Koabit befindliche Menge den Verkehr vollständig ab. Als wieder gelöst, geschimpft und mit Steinen geworfen wurde, hielten die Beamten schief drein. In beiden Seiten der Straßen sah man Verbundene liegen, viele Personen wurden überritten. Eine Anzahl Schwere Verletzte wurde in das Koabit Krankenhaus geschafft.

Berlin, 28. September. Das Koabitern Unruhegebiet war heute Abend streng abgesperrt. Die Bewohner haben sich innerhalb ihrer Häuser zu halten; die Fenster haben geschlossen zu bleiben. Tropen ist es bisher an fünf Stellen, wo Ansprachen gehalten wurden, in Zusammenstößen gekommen, wobei einige Verbindungen vorkamen und auch Verhaftungen vorgenommen wurden. Da die Tätigkeit der Polizei gestern besonders durch die Dunkelheit der Straßen gehindert wurde, so hat sie sich heute mit Wagnersumfaden ausgerüstet. Um die neunte Stunde schlen die Menge aus dem Unruhegebiet weiter ins Innere von Koabit zurückzugehen.

Berlin, 29. September. Am Mittwoch lag das Zentralgebiet der Unruhen tot. Die Manifestanten waren zurückgedrängt worden. Es fehlte nicht an kleinen Zusammenstößen, bei denen die Aufrechter mit scharfen Hieben traktiert oder schonungslos niedergeworfen wurden. In das Krankenhaus Koabit sind im Laufe des Abends 20 Verwundete eingeliefert worden. Aus den Reihen der Unruheführer sind wiederholt scharfe Schüsse gefallen, das wurde niemandem verheimlicht. Die Nachricht von dem Ableben eines verwundeten Schutzmannes und eines Arbeiters behält sich nicht. Aus der Mitternacht erschienen der Polizeipräsident v. Jagow auf dem Schauplatz der Unruhen.

„Mißverständnisse!“

Berlin, 25. September. Auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist wahrscheinlich ein debakulierendes Renkonto zwischen Schutzeuten und englischen Journalisten in Koabit. Der Vertreter des Reutersbureau befand sich dort mit den Vertretern der Daily Mail, der Daily News und des Sun, um dem Automobil aus die Tumulte zu beobachten. Die Journalisten gingen, wahrscheinlich in der Meinung, die Herren seien Organisationsleiter der Tumulte, Schutzeute gegen das Automobil vor und brachten namentlich einem der Herren empfindliche Verletzungen bei.

Berlin, 29. September. Mit am Mittwoch früh um 7 Uhr die Arbeiter der Firma Ludwig Dorn aus Nachsicht kommen, führte eine aufstrebende Polizeikommando gegen sie an. Die Arbeiter des Stadtteils Koabit mußten beschließen, daß sie, wenn sie ihre Wohnung verlassen, um sich zur Arbeitstätte zu begeben, von der Polizei angefaßt werden.

Berlin, 26. September. Die Hege der Scharfmacherblätter setzt in verstärkter Weise ein. Von einem Restaurant, in dem viele Anarchisten und ein Teil der organisierten Metallarbeiter beherbergt werden und das ein Hauptquartier der Agenden sein soll, sollen die Führer des Transportarbeiterverbandes die ganzen Ausschreitungen leiten und — „Signale geben“. Die vielen Schutzwärter, die im Besitz der Agenden sich befinden, sollen von der letzten Wahlrechtsdemonstration herkören;